



Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags, der monatliche Bezugspreis durch unsere Verlagsanstalt, Hauptstraße 140, Halle, durch die Post- und Fernschreibämter, durch die Postämter, durch die Zeitungsvertriebsstellen, durch die Anzeigen-Anstalten: zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach untenstehenden Bedingungen, die Seite 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Möglichkeiten und Aufsätze.

Die Deutschnationalen in der Kammer.

Betrachten wir die Möglichkeiten einer Regierungsbildung, wie sie sich aus den vorläufigen Wahlergebnissen ergeben, so kommen wir zu folgenden Ergebnissen:

Bisher sind als gewählt gemeldet 47 Abgeordnete, die eine Mehrheit betragen, also 236. In der Deutschnationalen sind folgende Gruppierungen zu beobachten:

1. „Nationaler Block“ (von Graue bis Berg) wie er von der „Deutschen Zeitung“ wird. Dieser Block würde bestehen aus: 95 Deutschnationale, 9 Katholiken, 4 Deutschnationale, 32 Katholiken und Nationalsozialisten, insgesamt 130 Abgeordnete von 47. Ein Eintritt der Deutschen Volkspartei zu dieser Gruppierung könnte ausgeschlossen, da selbst in den Kreisen der Deutschnationalen eine praktische Arbeit mit der Volkspartei für unmöglich gehalten wird. Dies hat u. a. der Abgeordnete Wumm im „Tagblatt“.

2. Der „große Bürgerblock“ (von Berg bis Graue). Dieser Block würde bestehen aus: 100 Sozialdemokraten, dazu Zentrum und Demokraten. Das würde 193 Köpfe sein.

3. Der „kleine Bürgerblock“ (Zentrum, Sozialdemokraten, Demokraten, Deutsche Volkspartei), insgesamt 237 Abgeordnete, also ebenfalls eine Mehrheitsmehrheit.

4. Die Koalition von Weimar (100 Sozialdemokraten, dazu Zentrum und Demokraten). Das würde 193 Köpfe sein.

Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung der Sinn dieses Wahlergebnisses ist. Die Weisheit in ihrer großen Mehrheit haben die Verwirklichung der Deutschnationalen größeres Vertrauen geschenkt, als der laudalen Arbeit der bisherigen Regierung und der hinter ihr lebenden Parteien. Die Deutschnationalen müssen nun heran an die Verantwortung, die ihnen dabei auch am meisten schwer fällt. Die anderen bürgerlichen Parteien werden sich nicht ohne Mühe und Anstrengung verweigern, vorausgesetzt, daß die Herren von Berg und Weimar in der Lage sind, ein brauchbares Regierungsprogramm aufzustellen.

Nach den Erklärungen des Abg. Berg im Lokal-Anzeiger ist es, als seien die Deutschnationalen an dem besten Wege. Das ist indes keineswegs die Meinung der Initiative wieder erlangen lassen. Dazu kommt ein Verzicht des Vorstandes des Reichslandbundes, in der das Sachverständigen-Gremium in der vorliegenden Sitzung, ihre Meinung äußerte, daß die Lösung des Reichslandbundesproblems abgelehnt wird. Der Reichslandbund fordert, daß eine Regierung gebildet wird, die dem Reichslandbundesinteressen entspricht, die wirtschaftlich erfüllbar sind und die politische Freiheit bringen.

Nachdem Herr Berg solche Erfahrungen gemacht hat, sieht er sich vorläufig zurück. Der „Tagblatt“ Nr. 112 bringt einen offenen parteipolitischen Artikel mit der Überschrift: „Die Deutschnationalen wollen abweisen.“ Es wird darin ausgeführt, daß die Deutschnationalen, um nicht ihren Verrückten, ihre Initiative zu erweisen, lobend abwarten wollen, wie die Regierungsneubildung auf verhältnismäßigem Wege erfolgen wird. Deshalb hätten sie es auch nicht nötig gehabt, dem kürzlich erfolgten irrenden „Rufung“ zu nehmen oder die Kandidatur Balfors „sollen zu lassen.“ Am Schluß heißt es, nachdem man baldige Neuwahlen in Aussicht genommen hat, sofort: „Im übrigen mag noch einmal wiederholt werden, daß die Deutschnationalen gar nichts tun, nichts beschließen, nichts ablehnen.“

Der geschlagene Poincare.

Poincare politikmüde!

Die Folgen der Wahlniederlage.

Paris, 14. Mai. (Kadietel, d. S. 3.) Mit den zersplitterten Poincarés teilt der „Matin“ mit, daß Poincaré beabsichtigt, sich für einige Zeit vom öffentlichen Leben zurückzuziehen. Er wird sich wahrscheinlich von dem Senat beurlauben lassen, um sich an den politischen Diskussionen nicht beteiligen zu brauchen. Lardieu teilt mit, daß er gleichfalls auf die politische Laufbahn verzichtet wird. In französischen politischen Kreisen erhält sich hartnäckig das Gerücht, Millerand sei entlassen, vom Präsidentenamt zurückzutreten. Eine Bestätigung dieses Gerüchtes war bisher nicht zu erlangen. Mr. Mandat für die Präsidentenwahl der Kammer nach dem „Echo de Paris“ namentlich Jeanfin Boulton, Julien Gobart und der ehemalige Ministerpräsident Poincaré genannt, die sämtlich den Radikalen angehören. Der getriebene französische Minister hat den Finanzminister Marcler beauftragt, alle Maßnahmen zu treffen, um einem neuen Sturz des Franken vorzubeugen.

mehr als 100 Listen in Paris durch die Presse veröffentlicht worden, die je nach der Aufstellung der Stimm fast um 50 bis 60 Stimmen nach rechts oder links variierten. Die obige Zusammenstellung ist auf Grund der offiziellen Wahlergebnisse gemacht und wird der Wahrheit am nächsten kommen. Zwei Möglichkeiten bestehen: 1. Im Falle einer gemäßigten Linkspolitik hat die Regierung 116 bis 120 Stimmen mehr; 2. für den Fall einer radikalen Linkspolitik wird sich die Regierungsmehrheit um die 52 bis 55 Republikaner, die den rechten Flügel der Linksparteien bilden, verringern.

Vereifigte Kombinationen.

New-York, 14. Mai. In halbamtlichen Kreisen Washingtons rechnet man mit der Möglichkeit einer Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Ruhrgebiet, falls ein sozialistisches Kabinett in Paris gebildet wird.

Millerands Entweder — oder.

Paris, 14. Mai. In gut unterrichteten französischen politischen Kreisen wurde gestern abend, nach dem diplomatischen Mitarbeiter der „Daily Mail“, erklärt, daß Millerand von einer aus dem neuen Wahlergebnis zu bildenden Regierung die Beachtung der nachstehenden drei Grundbedingungen verlangt: 1. Reine Nennung des Ruhrgebietes bis zur vollständigen Bezahlung der deutschen Schuld. 2. Aufrechterhaltung der französischen Gesamtherrschaft beim Vatikan. 3. Nichtanerkennung der russischen Regierung.

London, 14. Mai. (Kadietel, d. S. 3.)

In verantwortlichen Kreisen geht die Ansicht dahin, daß das Wahlergebnis in Frankreich keine einschneidende Veränderung in der französischen auswärtigen Politik herbeiführen werde. Man ist der Ansicht, daß das Ergebnis der Wahlen auf innere Fragen, wie die Erhöhung der Steuern, zurückzuführen sei.

London, 14. Mai. (Kadietel, d. S. 3.)

In verantwortlichen Kreisen geht die Ansicht dahin, daß das Wahlergebnis in Frankreich keine einschneidende Veränderung in der französischen auswärtigen Politik herbeiführen werde. Man ist der Ansicht, daß das Ergebnis der Wahlen auf innere Fragen, wie die Erhöhung der Steuern, zurückzuführen sei.

London, 14. Mai. (Kadietel, d. S. 3.)

In verantwortlichen Kreisen geht die Ansicht dahin, daß das Wahlergebnis in Frankreich keine einschneidende Veränderung in der französischen auswärtigen Politik herbeiführen werde. Man ist der Ansicht, daß das Ergebnis der Wahlen auf innere Fragen, wie die Erhöhung der Steuern, zurückzuführen sei.

London, 14. Mai. (Kadietel, d. S. 3.)

In verantwortlichen Kreisen geht die Ansicht dahin, daß das Wahlergebnis in Frankreich keine einschneidende Veränderung in der französischen auswärtigen Politik herbeiführen werde. Man ist der Ansicht, daß das Ergebnis der Wahlen auf innere Fragen, wie die Erhöhung der Steuern, zurückzuführen sei.

London, 14. Mai. (Kadietel, d. S. 3.)

In verantwortlichen Kreisen geht die Ansicht dahin, daß das Wahlergebnis in Frankreich keine einschneidende Veränderung in der französischen auswärtigen Politik herbeiführen werde. Man ist der Ansicht, daß das Ergebnis der Wahlen auf innere Fragen, wie die Erhöhung der Steuern, zurückzuführen sei.

London, 14. Mai. (Kadietel, d. S. 3.)

In verantwortlichen Kreisen geht die Ansicht dahin, daß das Wahlergebnis in Frankreich keine einschneidende Veränderung in der französischen auswärtigen Politik herbeiführen werde. Man ist der Ansicht, daß das Ergebnis der Wahlen auf innere Fragen, wie die Erhöhung der Steuern, zurückzuführen sei.

London, 14. Mai. (Kadietel, d. S. 3.)

In verantwortlichen Kreisen geht die Ansicht dahin, daß das Wahlergebnis in Frankreich keine einschneidende Veränderung in der französischen auswärtigen Politik herbeiführen werde. Man ist der Ansicht, daß das Ergebnis der Wahlen auf innere Fragen, wie die Erhöhung der Steuern, zurückzuführen sei.

London, 14. Mai. (Kadietel, d. S. 3.)

In verantwortlichen Kreisen geht die Ansicht dahin, daß das Wahlergebnis in Frankreich keine einschneidende Veränderung in der französischen auswärtigen Politik herbeiführen werde. Man ist der Ansicht, daß das Ergebnis der Wahlen auf innere Fragen, wie die Erhöhung der Steuern, zurückzuführen sei.

Die Entente gerettet!

London, 14. Mai. (Evening Standard)

macht aufsehenerregende Angaben über die Ergebnisse der Unterhandlung zwischen Macdonald und den belgischen Ministern. Das Blatt schreibt, daß die Unterhaltung außerordentlich fröhlich und ergebnislos verliefen wurde, und daß nur der unerwartete Aufbruch nach links in Frankreich einen Bruch der Entente und einen Prellschuß an der Entente herbeiführen würde. Das Blatt ist einerseits über die Unterhandlung zufrieden, weil sie die Entente gerettet habe. Das ist eine Tatsache, die noch kaum verstanden wurde, da Poincaré und der Macdonald gerade in dem Augenblick eine Niederlage erlitten haben, wo es im Interesse Frankreichs, Europas und der Entente die besten war, besonders aber im Interesse der Entente, die nur noch an einem Frieden bei Chequer gelangen hat. Die lebenswichtige Haltung Macdonalds habe Poincaré über die dahinterstehende politische Überzeugung gelehrt. Macdonald habe Kenntnis und Symant bei der Unterhandlung in nachdrücklicher Weise über die Zukunft ihrer Aufstellung von der englischen Politik aufgestellt. Besonders ist die Haltung Americas aufschlaggebend gewesen, denn dort hätte man einen auf dem Standpunkt beharrenden, daß kein Dollar nach Europa gehen werde, wenn der Versuch unternommen werde, die Forderungen der Sachverständigen abzuändern, wie z. B. das Weichen Frankreichs auf Sanktionen und die Aufrechterhaltung der Eisenbahnrate.

Der „Daily Mail“ zufolge hat Poincaré dem englischen Premierminister schriftlich mitgeteilt, daß er sich lieber auferlegenden fühlte, der Einlösung nach Chequer Folge zu leisten. Das Schreiben Poincarés wird nach Eingang bei Macdonald der Öffentlichkeit mitgeteilt werden.

Macdonalds Friedensträume.

Eine Rede vor englischen Arbeiterkreisen.

London, 14. Mai. (Kadietel, d. S. 3.) Ministerpräsident Macdonald hat eine große politische Rede vor Arbeiterkreisen gehalten. Er sagte, daß man von einer Arbeiterregierung nicht erwarten könne, daß sie die Forderungen der Arbeiterklasse erfüllen werde. Die Arbeiterpartei sei einzig und für einziger Feind sei die allgemeine menschliche Dummheit und die Selbsthüte anderer Klassen. Macdonald erklärte dann noch u. a.: Die weltpolitische Lage ändere sich zwar nicht durch die Ereignisse, nicht durch die Drohungen, sondern weil die ruhige Vernunft besteht, die Gestalten aller Nationen Europas zu beeinflussen.

In dieser großen Politik des Wiederaufbaus Europas seien ein oder zwei Nationen nicht genug. Frankreich, Belgien, Italien und Groß-Britannien genügen auch nicht, es sei auch noch nicht genug, wenn Deutschland und Polen einbezogen werden. Die auswärtige Politik der Arbeiterregierung könne sich nicht nur auf die Gesamtheit beschränken, sondern es müßten auch kleinere Mächte hinzutreten wie Holland, Schweden, Polen und die Tschechoslowakei und alle anderen.

Ohne die kleinen Nationen Europas würde die große Friedensvereinigung Europas unmöglich sein. Einmalige Friedensvereinigung sei keine gute Idee, sondern eine internationale Konferenz einzuhalten? Man könne eine Konferenz nicht einberufen zu einer Zeit, wo sie keinen Erfolg haben würde, und ein Mißerfolg würde sehr verhängnisvoll sein. Die Regierung bereitete jedoch den Weg vor, das große Problem der Regierung im gegenwärtigen Zeitpunkt sei, den Sachverständigen Rat zur Ausführung zu bringen. Es gebe einige Dinge in dem Bericht, derenwegen er (Macdonald) etwas argwöhnisch sei. Aber mit Rücksicht auf Deutschland, Italien, Frankreich und Belgien könnte er es sich nicht leisten, jetzt auf Eingehalten einzugehen. Wenn man bei der Durchführung des Berichts auf Schwierigkeiten stöße, so sei immer noch die Vernunft notwendig, um Einzelheiten zu regeln.

Der Streit um die Mac Kennazölle.

London, 14. Mai. (Kadietel, d. S. 3.)

In letzter Rede im Unterhaus gegen die Aufhebung der Mac Kennazölle fragte Baldwin, ob die Belagerung nichts als einen Bruch der Arbeitslosigkeit sei und deshalb Stunden beabsichtigt, die Abgaben zu befristeten. Er gab der Belagerung Ausdruck, daß die Arbeitslosigkeit binnen Jahresfrist größer sein werde. Die Abschaffung der Mac Kennazölle sei eine der wichtigsten Maßnahmen, die zu treffen seien. Darauf erklärte der Schatzkanzler, seine Vorgänger hätten wiederholt den vorläufigen Charakter der Abgaben betont. Die Aufhebung der Abgaben sei eine Grenzfrage. Es könne dabei keine Kompromisse geben. Die Regierung werde sich mit ihrer Politik, die zu treffen seien, durch den Antrag Baldwin mit 317 gegen 252 Stimmen abgelehnt.

London, 14. Mai. (Kadietel, d. S. 3.)

In verantwortlichen Kreisen geht die Ansicht dahin, daß das Wahlergebnis in Frankreich keine einschneidende Veränderung in der französischen auswärtigen Politik herbeiführen werde. Man ist der Ansicht, daß das Ergebnis der Wahlen auf innere Fragen, wie die Erhöhung der Steuern, zurückzuführen sei.

London, 14. Mai. (Kadietel, d. S. 3.)

In verantwortlichen Kreisen geht die Ansicht dahin, daß das Wahlergebnis in Frankreich keine einschneidende Veränderung in der französischen auswärtigen Politik herbeiführen werde. Man ist der Ansicht, daß das Ergebnis der Wahlen auf innere Fragen, wie die Erhöhung der Steuern, zurückzuführen sei.

London, 14. Mai. (Kadietel, d. S. 3.)

In verantwortlichen Kreisen geht die Ansicht dahin, daß das Wahlergebnis in Frankreich keine einschneidende Veränderung in der französischen auswärtigen Politik herbeiführen werde. Man ist der Ansicht, daß das Ergebnis der Wahlen auf innere Fragen, wie die Erhöhung der Steuern, zurückzuführen sei.

London, 14. Mai. (Kadietel, d. S. 3.)

In verantwortlichen Kreisen geht die Ansicht dahin, daß das Wahlergebnis in Frankreich keine einschneidende Veränderung in der französischen auswärtigen Politik herbeiführen werde. Man ist der Ansicht, daß das Ergebnis der Wahlen auf innere Fragen, wie die Erhöhung der Steuern, zurückzuführen sei.

London, 14. Mai. (Kadietel, d. S. 3.)

In verantwortlichen Kreisen geht die Ansicht dahin, daß das Wahlergebnis in Frankreich keine einschneidende Veränderung in der französischen auswärtigen Politik herbeiführen werde. Man ist der Ansicht, daß das Ergebnis der Wahlen auf innere Fragen, wie die Erhöhung der Steuern, zurückzuführen sei.

London, 14. Mai. (Kadietel, d. S. 3.)

In verantwortlichen Kreisen geht die Ansicht dahin, daß das Wahlergebnis in Frankreich keine einschneidende Veränderung in der französischen auswärtigen Politik herbeiführen werde. Man ist der Ansicht, daß das Ergebnis der Wahlen auf innere Fragen, wie die Erhöhung der Steuern, zurückzuführen sei.

Der offiziöse „Matin“ melde, daß Präsident Millerand den Führer der Radikalsozialisten, Ferriol, Freitag empfangen wird, um sich mit ihm über die politische Situation und ihre Entschärfung zu besprechen. Auf diese Weise werde die Regierungstätigkeit noch vor dem 1. Juni, d. h. bei Wiedereröffnung des Parlaments, ausgebaut, und das neue Kabinett werde noch vor diesem Zeitpunkt gebildet werden. Wenn die allgemeine Politik Frankreichs dringende Entscheidungen von irgendwelcher Tragweite erfordern sollte, so würde das neue Kabinett die Verantwortung dafür bereits übernehmen.

Paris, 14. Mai. Auf Grund der offiziellen Äußerung über die Wahlergebnisse ergibt sich folgende Gruppierung der neuen Kammer: 212 früherer Radikational, 318 Entschloß, 20 Kommunisten. Schon vor der offiziellen Veröffentlichung der Wahlergebnisse und auch letzter findet über die politische Gruppierung der nächsten Kammer

Deutschnationalen nicht, die Mehrheit zu schaffen, so haben sie bewiesen, daß sie wohl Wahlkandidat treiben, aber keine Politik machen können. Wir würden sehr, eines Besseren belehrt zu werden.

Die „Fraktion der Mitte“.

Als neueste innerparteiliche Sensation haben gewisse Kreise des Zentrums eine Debatte über einen Plan zur Bildung einer sogenannten „Fraktion der Mitte“ eröffnet. Die Verwirklichung dieses angeblichen Planes solle den Zweck verfolgen, mit Hilfe der Deutschen Volkspartei und der Demokraten eine Parteigruppierung im Leben zu rufen, die stärker als die Deutschnationale Volkspartei sei, so daß diese Parteigruppierung für sich das Recht in Anspruch nehmen könne, die Regierungsbildung zu übernehmen und alle wichtigen Posten aus ihrer Mitte heraus zu besetzen. Diese innerparteilichen „Wahlkreise“ eines Kreises nicht ernst zu nehmender Politiker hat natürlich genau so viel Staub in der Öffentlichkeit aufgewirbelt, wie der wenig tüchtige Vertreter der Sozialdemokratie, über die Ablehnung der Annahme des Scherckens, anzudeuten einen Volkstischel herbeizuführen. So, man kann wohl behaupten, daß die Debatte über diese „Fraktion der Mitte“ die Welt nur mehr verwirrt hat, als sie es ohnehin schon sind. Verschiedene Berliner Blätter haben im Anschluß daran allerlei Berechnungen aufgestellt, die sie sich besser hätten sparen können.

Von einem Plan, eine „Fraktion der Mitte“ zu gründen, kann keineswegs die Rede sein. Verschiedene Zentrumskreise haben lediglich eine solche Möglichkeit erörtert und schließlich auch nur unter dem Gesichtswinkel, daß die Deutschnationalen es vorziehen sollten, eine Beteiligung an der Regierung abzulehnen. Nach allem, was man aber aus dem deutschnationalen Lager hört, kann man mit einer solchen Möglichkeit nicht rechnen, insbesondere liegt es auf der Hand, daß ein solcher Plan, wie hier oben erwähnt, gar nicht zum Gegenstand einer Erörterung bei den Mittelradikalen gemacht werden kann. Und weiter: Sowohl im Lager der Demokraten als auch der Deutschen Volkspartei stand man einem solchen Problem noch dorniger sehr heftig gegenüber und äußerte sich sofort dahin, daß es nicht nur inhaltlich, sondern auch in jeder Hinsicht zu verwerfen sei, daß er auch darüber hinaus wohl bei keiner der beteiligten Parteien ernsthaft in Erwägung gezogen werden würde. Wie überflüssig ein solches Komitieren ist, ergibt sich im übrigen schon daraus, daß die Fraktionen sich erst Ende dieser Woche zu ihren ersten Sitzungen zusammenfinden und darüber Beschluß fassen werden, was in der nächsten Zukunft geschehen soll. Erst von diesen Beschläüssen wird alles weitere abhängen. In zeitgemäße Phantasien sind nur geeignet, den Parlamentarismus bei der breiten Masse noch mißliebiger zu machen, als er es schon ist.

Die nationale Liberale Korrespondenz, der parteiamtliche Pressedienst der Deutschen Volkspartei, schreibt hierzu:

Einige Blätter verbreiten die Meldung, daß über die im alten Reichstag bestehende Arbeitsgemeinschaft der Mitte hinausgehend, geplant sei, eine „Fraktionsgemeinschaft“ oder einen „nationalen Block der Mitte“ zu bilden. Dieser Block solle aus den Parteien des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und evtl. der Sozialistischen Volkspartei bestehen. — Was hierbei die Deutsche Volkspartei antritt, so können wir erklären, daß sie solchen Bestrebungen, sollten sie wirklich vorhanden sein, vollkommen fernsteht.

In drei Zeilen.

Es aus Bologna gemeldet wird, ist Dr. Sannatus, der frühere Präsident der sinesischen Republik, ist gestorben.

In Stuttgart beginnt morgen ein Prozeß gegen die pfälzischen Separatisten.

Der kommunistische Mißtrauensantrag im sächsischen Landtag wurde abgelehnt.

Die russische kommunistische Partei erhebt Einwände dagegen, daß das Exekutivkomitee der 3. Internationale beschließen hat, 25 Millionen Dollar zum Propaganda der Kommunisten in Deutschland auszugeben.

Heute und morgen finden in Breslau Verhandlungen zwischen Reichsamt und Reichsamt über den Beitritt der Reichsamt zum internationalen jugoslawischen Bündnis.

Die russische kommunistische Partei erhebt Einwände dagegen, daß das Exekutivkomitee der 3. Internationale beschließen hat, 25 Millionen Dollar zum Propaganda der Kommunisten in Deutschland auszugeben.

Heute und morgen finden in Breslau Verhandlungen zwischen Reichsamt und Reichsamt über den Beitritt der Reichsamt zum internationalen jugoslawischen Bündnis.

Die russische kommunistische Partei erhebt Einwände dagegen, daß das Exekutivkomitee der 3. Internationale beschließen hat, 25 Millionen Dollar zum Propaganda der Kommunisten in Deutschland auszugeben.

Heute und morgen finden in Breslau Verhandlungen zwischen Reichsamt und Reichsamt über den Beitritt der Reichsamt zum internationalen jugoslawischen Bündnis.

Die russische kommunistische Partei erhebt Einwände dagegen, daß das Exekutivkomitee der 3. Internationale beschließen hat, 25 Millionen Dollar zum Propaganda der Kommunisten in Deutschland auszugeben.

Heute und morgen finden in Breslau Verhandlungen zwischen Reichsamt und Reichsamt über den Beitritt der Reichsamt zum internationalen jugoslawischen Bündnis.

Die russische kommunistische Partei erhebt Einwände dagegen, daß das Exekutivkomitee der 3. Internationale beschließen hat, 25 Millionen Dollar zum Propaganda der Kommunisten in Deutschland auszugeben.

Heute und morgen finden in Breslau Verhandlungen zwischen Reichsamt und Reichsamt über den Beitritt der Reichsamt zum internationalen jugoslawischen Bündnis.

Die russische kommunistische Partei erhebt Einwände dagegen, daß das Exekutivkomitee der 3. Internationale beschließen hat, 25 Millionen Dollar zum Propaganda der Kommunisten in Deutschland auszugeben.

Heute und morgen finden in Breslau Verhandlungen zwischen Reichsamt und Reichsamt über den Beitritt der Reichsamt zum internationalen jugoslawischen Bündnis.

Die russische kommunistische Partei erhebt Einwände dagegen, daß das Exekutivkomitee der 3. Internationale beschließen hat, 25 Millionen Dollar zum Propaganda der Kommunisten in Deutschland auszugeben.

Heute und morgen finden in Breslau Verhandlungen zwischen Reichsamt und Reichsamt über den Beitritt der Reichsamt zum internationalen jugoslawischen Bündnis.

Die russische kommunistische Partei erhebt Einwände dagegen, daß das Exekutivkomitee der 3. Internationale beschließen hat, 25 Millionen Dollar zum Propaganda der Kommunisten in Deutschland auszugeben.

Heute und morgen finden in Breslau Verhandlungen zwischen Reichsamt und Reichsamt über den Beitritt der Reichsamt zum internationalen jugoslawischen Bündnis.

Die russische kommunistische Partei erhebt Einwände dagegen, daß das Exekutivkomitee der 3. Internationale beschließen hat, 25 Millionen Dollar zum Propaganda der Kommunisten in Deutschland auszugeben.

Heute und morgen finden in Breslau Verhandlungen zwischen Reichsamt und Reichsamt über den Beitritt der Reichsamt zum internationalen jugoslawischen Bündnis.

Die russische kommunistische Partei erhebt Einwände dagegen, daß das Exekutivkomitee der 3. Internationale beschließen hat, 25 Millionen Dollar zum Propaganda der Kommunisten in Deutschland auszugeben.

Heute und morgen finden in Breslau Verhandlungen zwischen Reichsamt und Reichsamt über den Beitritt der Reichsamt zum internationalen jugoslawischen Bündnis.

Die russische kommunistische Partei erhebt Einwände dagegen, daß das Exekutivkomitee der 3. Internationale beschließen hat, 25 Millionen Dollar zum Propaganda der Kommunisten in Deutschland auszugeben.

Heute und morgen finden in Breslau Verhandlungen zwischen Reichsamt und Reichsamt über den Beitritt der Reichsamt zum internationalen jugoslawischen Bündnis.

Die russische kommunistische Partei erhebt Einwände dagegen, daß das Exekutivkomitee der 3. Internationale beschließen hat, 25 Millionen Dollar zum Propaganda der Kommunisten in Deutschland auszugeben.

Heute und morgen finden in Breslau Verhandlungen zwischen Reichsamt und Reichsamt über den Beitritt der Reichsamt zum internationalen jugoslawischen Bündnis.

Die russische kommunistische Partei erhebt Einwände dagegen, daß das Exekutivkomitee der 3. Internationale beschließen hat, 25 Millionen Dollar zum Propaganda der Kommunisten in Deutschland auszugeben.

Heute und morgen finden in Breslau Verhandlungen zwischen Reichsamt und Reichsamt über den Beitritt der Reichsamt zum internationalen jugoslawischen Bündnis.

Die russische kommunistische Partei erhebt Einwände dagegen, daß das Exekutivkomitee der 3. Internationale beschließen hat, 25 Millionen Dollar zum Propaganda der Kommunisten in Deutschland auszugeben.

Heute und morgen finden in Breslau Verhandlungen zwischen Reichsamt und Reichsamt über den Beitritt der Reichsamt zum internationalen jugoslawischen Bündnis.

Die russische kommunistische Partei erhebt Einwände dagegen, daß das Exekutivkomitee der 3. Internationale beschließen hat, 25 Millionen Dollar zum Propaganda der Kommunisten in Deutschland auszugeben.

Heute und morgen finden in Breslau Verhandlungen zwischen Reichsamt und Reichsamt über den Beitritt der Reichsamt zum internationalen jugoslawischen Bündnis.

Die russische kommunistische Partei erhebt Einwände dagegen, daß das Exekutivkomitee der 3. Internationale beschließen hat, 25 Millionen Dollar zum Propaganda der Kommunisten in Deutschland auszugeben.

Heute und morgen finden in Breslau Verhandlungen zwischen Reichsamt und Reichsamt über den Beitritt der Reichsamt zum internationalen jugoslawischen Bündnis.

Die russische kommunistische Partei erhebt Einwände dagegen, daß das Exekutivkomitee der 3. Internationale beschließen hat, 25 Millionen Dollar zum Propaganda der Kommunisten in Deutschland auszugeben.

Heute und morgen finden in Breslau Verhandlungen zwischen Reichsamt und Reich

